



Der Georgier Georgi Salimyani (Zweiter von links) arbeitet seit über vier Jahren beim Maschinenring Main-Tauber. Nun droht ihm die Abschiebung. Ute Michelbach (links), Astrid Künzig-May und Rüdiger Volk setzen sich für ein Bleiberecht des 30-Jährigen ein. (Bild: Christopher Kitsche)

ASYLFALL: Arbeitgeber und Freunde des Georgiers Georgi Salimyani wollen dessen Abschiebung verhindern / Bekannte reicht Härtefallantrag ein

Ungewissheit, aber auch Hoffnung

Der Georgier Georgi Salimyani lebt seit fünf Jahren in Deutschland. Nun droht ihm und seiner Familie die Abschiebung. Sein Arbeitgeber will das verhindern und setzt sich für ihn ein.

Bad Mergentheim/Windischbuch. Die Nacht vom 28. auf den 29. November wird Georgi Salimyani noch lange im Gedächtnis bleiben. „Ich lag im Bett, dann klingelte es an der Tür. Meine Frau machte auf und sagte, wir hätten Besuch“, berichtet der Georgier im Gespräch mit unserer Zeitung. Vor der Tür stand die Polizei. Ihr Auftrag: die Abschiebung von Georgi Salimyani, seiner Frau und den beiden Kindern zu vollziehen. „Ich bin dann mit den Kindern über die Hintertür nach draußen gegangen und habe mich versteckt“, sagt Salimyani. Eine Abschiebung war deshalb nicht möglich.

Gesuch blieb erfolglos

Seine Heimat Georgien verließ Salimyani 2011 wegen der zunehmend „schwierigen politischen und rechtsstaatlichen Lage“, wie er sagt. Laut eigener Aussage kam er 2014 mit seiner schwangeren Frau und seinem Sohn nach Deutschland, zunächst nach Trier, später dann nach Bad Mergentheim und stellte am 28. April 2014 einen Asylantrag.

Zuvor lebte er für drei Jahre in Frankreich, hatte aber dort keine Aussicht auf Asyl. Auch in Deutschland war Salimyani mit seinem Gesuch bisher erfolglos: „Die Asylanträge wurden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im August 2017 als unbegründet abgelehnt“, wie das im Fall des Georgiers zuständige Regierungspräsidium in Karlsruhe auf Nachfrage unserer Zeitung mitteilt. „Die Klage hiergegen wurde im Juni 2019 abgewiesen. Im weiteren Verlauf wurde die Abschiebung eingeleitet“, heißt es in der Stellungnahme des Regierungspräsidiums weiter.

2019 scheiterte das Vorhaben des Bundestags, Georgien als sicheres Herkunftsland einzustufen, am Veto des Bundesrats. Trotzdem haben Asylanträge von Personen aus dem eurasischen Staat kaum Aussicht auf Erfolg. Weniger als zwei Prozent erhalten tatsächlich Asyl.

Für Georgi Salimyani waren die Vorkommnisse rund um die versuchte Abschiebung ein „Schock“. Er möchte seine neue Heimat nicht mehr verlassen: „Hier zu bleiben ist das Beste für mich und meine Kinder. Sie sind hier aufgewachsen, ich mag die deutsche Mentalität, habe Freunde gefunden und den besten Arbeitgeber, den ich mir vorstellen kann.“

Der 30-Jährige ist seit Sommer 2015 beim Maschinenring Main-Tauber in Windischbuchangestellt, inzwischen ist er dort Leiter der Logistik und verantwortet den Warenein- und -ausgang für die ID Tauberfranken, die für Industriekunden Dienstleistungen im Bereich Verwiegen und Verpacken übernimmt.

„Wir sind auf ihn angewiesen“

Sein Arbeitgeber setzt sich vehement für ein Bleiberecht von Salimyani ein: „Er ist ein gut integrierter Arbeiter, der gute Arbeit leistet, gut Deutsch spricht, und auf den wir angewiesen sind“, sagt der Geschäftsführer des Maschinenrings Main-Tauber, Rüdiger Volk. Das Abschiebevorhaben sei für ihn deshalb ein „absolut unverständlicher Vorgang“.

„Er ist ein wichtiger Ansprechpartner für viele unserer Mitarbeiter“, sagt auch Astrid Künzig-May, die Salimyani seit dessen Arbeitsbeginn bei dem Unternehmen kennt. Er sei insbesondere im Zuge der Insolvenz der Vorgängerfirma IHP und der Neugründung der ID Tauberfranken eine große Hilfe gewesen.

„Gut integriert“

Ute Michelbach lernte Salimyani damals schwangere Frau, Tamar Shaveshovi, Ende des Jahres 2015 im Asylkreis in Neunkirchen kennen. „Es hat sich schnell eine Freundschaft entwickelt“, erinnert sich Michelbach. Auch sie hält die Familie für gut integriert: „Der Sohn geht hier in die zweite Klasse und die Tochter in den Kindergarten. Tamar arbeitet in einem Hotel in Bad Mergentheim. Sie fühlen sich alle hier sehr wohl.“

Gemeinsam mit Rüdiger Volk und Astrid Künzig-May informierte sie sich, wie man Georgi Salimyani am besten helfen könne. Zunächst setzten sie ein Unterstützer-schreiben auf, in dem sie die Situation von Salimyani darstellten und für sein Bleibe-recht warben. Dann kam unerwartet der erste Abschiebeversuch dazwischen. Sa-limyani befand sich zu dieser Zeit im Urlaub. „Das ganze Unternehmen war in Schockstarre“, betont Volk. „Bisher hatte ich noch nicht mit Asylfällen zu tun und musste mich erst einmal informieren.“ In Absprache mit dem Anwalt von Georgi Sa-limyani stellte Ute Michelbach dann einen Härtefallantrag beim Innenministerium in Stuttgart.

„Das Härtefallersuchen ging am 4. Dezember beim Innenministerium ein. Aufent-haltsbeendende Maßnahmen sind derzeit ausgesetzt, weil die Entscheidung der Här-tefallkommission zunächst abgewartet wird“, heißt es dazu in einer Stellungnahme des Regierungspräsidiums in Karlsruhe. Das Innenministerium stellte auf Nachfrage der FN klar, dass eine Abschiebung bei Absage des Härtefallgesuchs wieder möglich ist. „Sie ist dann rechtlich unmittelbar zulässig“, teilte das Ministerium mit.

Kriterien für langfristige Duldung

Rüdiger Volk kontaktierte entsprechende Stellen bei Landratsamt, Regierungspräsi-dium und auch Vertreter der Kommunalpolitik. „Mir wurde gesagt, dass man sich den Fall anschaut. Wir können jetzt aber erst einmal nichts anderes tun, als abzuwarten“, sagt der Geschäftsführer des Maschinenrings Main-Tauber.

Eine große Hoffnung setzt er auch in das „Beschäftigungsduldungsgesetz“, das ab dem 1. Januar in Baden-Württemberg in Kraft tritt. Das Gesetz gewährleistet Ausländern, deren Abschiebung vorübergehend ausgesetzt ist, unter bestimmten Voraussetzungen eine langfristige Duldung, wie auf der Homepage des Bundesinnenministeriums nachzulesen ist.

Zu den Kriterien gehören unter anderem die „eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts“, das „Vorliegen hinreichender mündlicher Kenntnisse der deutschen Sprache“ und „tatsächlicher Schulbesuch der schulpflichtigen Kinder“.

Georgi Salimyani beschreibt seine Situation nach wie vor als „schwierig“: „Wir wissen nicht, wie es weitergeht und was kommen wird.“ Eine Rückkehr nach Georgien kann er sich nicht vorstellen: „Ich war zehn Jahre nicht mehr dort. Das wäre für mich und meine Familie ganz schwierig.“